

**Eine Theorie der  
Einkommensungleichheit  
in Marktwirtschaften**

**Johannes Berger**

**Johannes Berger**

**Eine Theorie der Einkommensungleichheit  
in Marktwirtschaften**

SFB 882 Working Paper Series, No. 53  
DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities  
Research Project Z  
Bielefeld, May 2015

SFB 882 Working Paper Series  
General Editors: Martin Diewald, Thomas Faist and Stefan Liebig  
ISSN 2193-9624

This publication has been funded by the German Research Foundation (DFG).

SFB 882 Working Papers are refereed scholarly papers. Submissions are reviewed by peers in a two-stage SFB 882 internal and external refereeing process before a final decision on publication is made.

The Working Paper Series is a forum for presenting works in progress. Readers should communicate comments on the manuscript directly to the author(s).

The papers can be downloaded from the SFB 882 website <http://www.sfb882.uni-bielefeld.de/>

SFB 882 "From Heterogeneities to Inequalities"  
University of Bielefeld  
Faculty of Sociology  
PO Box 100131  
D-33501 Bielefeld  
Germany  
Phone: +49-(0)521-106-4942 or +49-(0)521-106-4613  
Email: [office.sfb882@uni-bielefeld.de](mailto:office.sfb882@uni-bielefeld.de)  
Web: <http://www.sfb882.uni-bielefeld.de/>

## **DFG Research Center (SFB) “From Heterogeneities to Inequalities”**

Whether fat or thin, male or female, young or old – people are different. Alongside their physical features, they also differ in terms of nationality and ethnicity; in their cultural preferences, lifestyles, attitudes, orientations, and philosophies; in their competencies, qualifications, and traits; and in their professions. But how do such heterogeneities lead to social inequalities? What are the social mechanisms that underlie this process? These are the questions pursued by the DFG Research Center (Sonderforschungsbereich (SFB)) “From Heterogeneities to Inequalities” at Bielefeld University, which was approved by the German Research Foundation (DFG) as “SFB 882” on May 25, 2011.

In the social sciences, research on inequality is dispersed across different research fields such as education, the labor market, equality, migration, health, or gender. One goal of the SFB is to integrate these fields, searching for common mechanisms in the emergence of inequality that can be compiled into a typology. More than fifty senior and junior researchers and the Bielefeld University Library are involved in the SFB. Along with sociologists, it brings together scholars from the Bielefeld University faculties of Business Administration and Economics, Educational Science, Health Science, and Law, as well as from the German Institute for Economic Research (DIW) in Berlin and the University of Erlangen-Nuremberg. In addition to carrying out research, the SFB is concerned to nurture new academic talent, and therefore provides doctoral training in its own integrated Research Training Group. A data infrastructure project has also been launched to archive, prepare, and disseminate the data gathered.

## **The Author**

*Johannes Berger* is Professor of Sociology at University of Mannheim (emeritus since 2004). His research interests are sociological theory (theory of action and of social order), social theory (sociological diagnosis of our time, social mechanisms), social change in industrial societies, and economic sociology. Recent publications are „Kapitalismusanalyse und Kapitalismuskritik“, Wiesbaden, Springer 2014, „Wirtschaftsordnung und wirtschaftliche Entwicklung. Vergangenheit und Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft“ in: Stefan Hradil (Hrsg.) Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde, 246-283. Frankfurt, Campus 2013, and „Der diskrete Charme des Marktes. Zur sozialen Problematik der Marktwirtschaft“, Wiesbaden, VS Verlag 2009.

Contact: [jberger@mail.uni-mannheim.de](mailto:jberger@mail.uni-mannheim.de)

# Eine Theorie der Einkommensungleichheit in Marktwirtschaften

Johannes Berger\*

## Zusammenfassung

In Marktwirtschaften werden Primäreinkommen ausschließlich durch den Verkauf von Faktorleistungen generiert. Daher kann es in solchen Wirtschaften auch nur zwei Quellen für Einkommensunterschiede vor staatlicher Umverteilung geben: unterschiedlicher Faktorbesitz und unterschiedliche Bezahlung von Faktorleistungen. In einer reinen Marktwirtschaft, gekennzeichnet durch gleiche Ertragsraten pro Vermögenseinheit, kann es keine unterschiedliche Bezahlung von Faktorleistungen geben. Nominale Einkommensunterschiede spiegeln daher nur Vermögensunterschiede wider. Sie verletzen aber nicht den Gleichheitsstandard der reinen Marktwirtschaft. Akzeptiert man den Gleichheitsstandard der reinen Marktwirtschaft auch für reale Marktwirtschaften, dann sind Renten im ökonomischen Sinn (vom Gleichgewichtspreis abweichende Zahlungen) in einer solchen Wirtschaft die einzige Quelle der Einkommensungleichheit in einem genuinen Sinn. Vermögensunterschiede inklusive der unterschiedlichen Ausstattung mit Humankapital als Quelle der Ungleichheit werden aber relevant, wenn nicht meritokratische Gleichheit, sondern ein hiervon abweichender Gleichheitsstandard für die Analyse der Einkommensverteilung maßgeblich ist.

## I.

Großtheorien sind in der Soziologie aus der Mode gekommen. Vielleicht ist das schon zu viel gesagt, denn so richtig in Mode waren sie eigentlich nie, nicht einmal zu Zeiten der Studentenbewegung. Hoch im Kurs stand "große Theorie" allenfalls im Marxismus, der sog. Kritischen Theorie und deren Antipoden, der Systemtheorie Niklas Luhmanns. Aber das sind alles Strömungen, die eher am Rande als im Zentrum dessen angesiedelt sind, was heute soziologische Lehre und Forschung an deutschen Universitäten umtreibt. Auf den Gang der soziologischen Forschung

---

\*Für hilfreiche Kommentare und Hinweise zu einer ersten Fassung habe ich Walter Müller, Peter Preisendörfer, Stefan Liebig, Norbert Kostede und Michael Berger zu danken.

hatten auch die Kontroversen zwischen diesen Ansätzen eigentlich keinen wesentlichen Einfluss. Diese Forschung ist, soweit Theorien überhaupt einer Rolle spielten, gesteuert von sog. Theorien mittlerer Reichweite. Ansonsten war und ist die Disziplin geprägt von der durchaus erfolgreichen empirischen Überprüfung diverser Hypothesen und darauf aufbauendem kumulativen Wissen, ferner von vielfältigen Beschreibungen sozialer Beziehungen auf unterschiedlichsten Gebieten, und, soweit es um Gesellschaften als ganze geht, von Meinungsäußerungen im wissenschaftlichen Gewand.

Auch wenn solche Großtheorien sich immer noch für zuständig erklären, wenn es um die Erörterung von Fragen der Entstehung, Struktur und Entwicklung westlicher Gesellschaften geht: was die Erklärung von materieller Ungleichheit anbelangt, sind sie wenig ergiebig. Was ich im Folgenden versuche, ist nicht der Anschluss an eine der genannten Großtheorien, sondern die Vorstellung eines Erklärungsansatzes für Einkommensungleichheiten in westlichen Gesellschaften, der auf Einsichten der neoklassischen Mikroökonomik fußt. Eine generelle Theorie für ein spezielles Problem, oder bescheidener, die Grundlegung einer solchen Theorie, bildet den Fluchtpunkt der folgenden Ausführungen. Ausgangspunkt dieses Versuchs ist die Beobachtung, dass die Wirtschaft dieser Gesellschaften eine Marktwirtschaft ist, auch dann, wenn die Prinzipien einer solchen Wirtschaft in den tatsächlich existierenden Marktwirtschaften keineswegs rein zur Geltung kommen, sondern durch staatliche Kontrolle tausendfach durchbrochen, eingehegt und gelenkt sind. Dennoch macht es Sinn, zur Erklärung von Einkommensungleichheiten davon auszugehen, dass es sich um Marktwirtschaften handelt, einfach deswegen, weil auch massive Staatseingriffe nichts an dem Sachverhalt ändern, dass in Marktwirtschaften Primäreinkommen aus der Bezahlung von Faktorleistungen resultieren.

Um einen Zugang zu meinem Thema zu gewinnen, gehe ich so vor, dass ich zunächst überaus kursorisch, und damit angreifbar, drei soziologische Ansätze zur Erklärung von Einkommensungleichheiten in Marktwirtschaften sichte (II). Diese Ansätze sind in meinen Augen ungenügend, aber sie liefern ein entscheidendes Stichwort: soziale Schließung und Mobilitätsschranken als deren Resultat. Sieht man einmal ab von Einkommensunterschieden, die aus Vermögensunterschieden entspringen, dann ist die generelle Ursache für Einkommensunterschiede in Prozessen sozialer Schließung und den daraus hervorgehenden Mobilitätsschranken zu suchen. Um das zu zeigen, gilt es zunächst einen zureichenden Begriff einer Marktwirtschaft und der für sie typischen Generierung von Einkommen zu gewinnen (III). Im Anschluss daran stelle ich den Grundgedanken einer Ableitung von Einkommensunterschieden in Marktwirtschaften vor (IV). Darauf aufbauend gilt es, in einem ersten Schritt zu ermitteln, welche Einkommensunterschiede auch in einer reinen Marktwirtschaft denkbar sind (V). In einer solchen Wirtschaft gibt es durchaus nominale Einkommensunterschiede, aber sie resultieren allesamt aus

unterschiedlichem Vermögensbesitz. Die Erträge pro Einheit des Vermögens sind jedoch gleich, nicht ungleich. Die Ursachen für unterschiedliche Vermögen als Quelle der Einkommensungleichheit sind das Thema des nächsten Abschnitts (VI). Im Anschluss daran werden die Verhältnisse in realen Marktwirtschaften betrachtet. In solchen Wirtschaften ist das Prinzip: gleicher Preis für gleiche Güter oder Leistungen ausgehebelt. Die Teilnehmer am Wirtschaftsgeschehen sind bestrebt, Mauern gegen den Wettbewerb hochzuziehen und dadurch Renteneinkünfte, die über den Preis für Güter und Leistungen bei freiem Wettbewerb hinausgehen, zu erzielen. Akzeptiert man den Gleichheitsstandard der reinen Marktwirtschaft (gleicher Preis für gleiche Leistungen), dann sind Renten im ökonomischen, nicht im sozialpolitischen Sinn die eigentliche Ursache für Ungleichheit der Primäreinkommens in Marktwirtschaften (VII). Allerdings ist ein solcher Standard blind gegenüber Einkommensunterschieden, die aus Vermögensunterschieden resultieren. Vermögensunterschiede sind deutlich ausgeprägter als Einkommensunterschiede. Abschnitt VIII zieht Folgerungen aus diesem Befund.

## II.

Sieht man sich nach Ansätzen zur Erklärung sozialer Ungleichheit in der Soziologie um, die einen gesellschaftstheoretischen Hintergrund haben, so drängen sich drei Forschungsrichtungen auf: die funktionale Erklärung sozialer Ungleichheit, die Klassenanalyse und die intergenerationale Mobilitätsforschung. Der erste Ansatz ist in Verruf geraten, weil er als ideologische Rechtfertigung der Ungleichheit wahrgenommen wird. Die Klassenanalyse hat zwar als Ungleichheitsanalyse den Niedergang des Marxismus überlebt, aber es ist ihr nicht gelungen, breite Anerkennung zu finden. Anders die intergenerationale Mobilitätsforschung. Einerseits verkörpert sie das in der Soziologie weit verbreitete Ideal, dass die Herkunft nicht die Gegenwart und Zukunft determinieren dürfe. Andererseits stehen ihre Arbeiten auf einem festen empirischen Boden. So bedeutsam diese Ansätze im Einzelnen auch sein mögen, eine zufrieden stellende Erklärung der individuellen Einkommensungleichheit liefern sie nicht - und können sie auch gar nicht liefern. Thema der intergenerationalen Mobilitätsforschung ist das Ausmaß, in dem der soziale Status oder das Einkommen einer Person durch das Elternhaus determiniert ist. Auch eine deutliche Korrelation von  $r = 0,4$  würde nur 16 Prozent der Varianz ( $r^2$ ) erklären, wenn man an Erklärungen keine weiteren Anforderungen bezüglich des Aufweises kausaler Pfade stellt. Auch dann bliebe somit die große Mehrheit der Varianz unerklärt.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup>Bowles/Gintis (2002) beziffern den Korrelationskoeffizienten für Einkommen der Eltern und Einkommen der Kinder unter Einbezug aller kausalen Mechanismen (vererbte Intelligenz, Bildungserfolg, "Rasse" und im Elternhaus erworbene Einstellungen) für die USA auf Werte von 0,25 für Erwerbseinkommen und 0,32 für Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen. Aus-

In regressionsanalytischer Hinsicht schneidet die heute in der Soziologie noch immer weit verbreitete, vornehmlich auf den Arbeiten von Goldthorpe fußende Form der Klassenanalyse auch nicht besser ab. Aber bei diesem Urteil muss man bedenken, dass diese nicht dafür erfunden wurde, individuelle Einkommensunterschiede zu erklären. Das Klassenschema von Goldthorpe u.a. ist im Kern ein Berufsgruppenschema (Erikson/Goldthorpe 1992). Die einzelnen, in dieses Schema aufgenommenen Gruppen ("Klassen") unterscheiden sich voneinander nach der Art ihres Einkommenserwerbs (Selbständigkeit oder Abhängigkeit) und nach der Art ihrer Tätigkeit im Betrieb (ausführende oder disponierende Tätigkeit). Welche Art von Tätigkeit ausgeübt wird, wird durch den Arbeitsvertrag festgelegt. Auch wenn sein unmittelbarer Zweck ist, ein Bild der Sozialstruktur zu vermitteln und einen Bezugsrahmen für die Beantwortung der Frage zu gewinnen, ob die Klassenstruktur sich gewandelt hat sowie - so die liberale Verheißung - ob sie durchlässiger geworden ist, lässt sich dieses Schema u.a. gut dazu benutzen, die Verteilung z.B. von Bildungsgütern aufzuschlüsseln.<sup>2</sup> Für eine Antwort auf die Frage, ob es überhaupt noch Klassen gibt und wie die Klassenstruktur sich eventuell gewandelt hat, liefert die Feststellung von Einkommensunterschieden und ihres Wandels nur begrenzte Informationen.

Vollends unbrauchbar für die Zwecke einer Erklärung individueller Einkommensunterschiede ist die funktionale Erklärung sozialer Ungleichheit, unbeschadet ihres Verdiensts, darauf insistiert zu haben, dass soziale Ungleichheit eine allokativen Funktion hat. In der funktionalen Analyse dient die unterschiedliche Wertschätzung beruflicher Tätigkeiten dazu, qualifiziertes Personal in die entsprechenden Berufszweige zu lenken. Diese Lenkung ist aber einerseits sehr ungenau, andererseits ist das Lenkungsinstrument nicht das Einkommen, sondern das Berufsprestige. Zudem ist diese Theorie nicht auf Gegenwartsgesellschaften zugeschnitten, sondern erhebt einen Geltungsanspruch für alle Gesellschaften, die das Stadium der segmentären Differenzierung verlassen haben. Schon von daher sollte man von dieser Theorie nicht zuviel erwarten, wenn es darum geht, die Verteilung von Einkommen in Marktwirtschaften zu erklären.

So beschränkt die drei bisher behandelten Ansätze im Blick auf eine umfassende Erklärung der Einkommensungleichheit in Marktwirtschaften auch sein mögen, sie variieren einen Gedanken, auf dem ich im Folgenden weiter aufbauen möchte. Eine Beschränkung der Mobilität zieht immer Ungleichheit nach sich. Für die intergenerationale Mobilität liegt das auf der Hand. Wäre die mit *odds ratios* ge-

---

gekennzeichnet aus dieser Berechnung ist die unvermittelte, kausal nicht aufgehellte Korrelation zwischen dem Status der Eltern und dem ihrer Kinder. In einem anspruchsvollen Sinn erklärt (Aufzeigen kausaler Mechanismen) wären damit gut 10 Prozent der Einkommen der Kinder aus Erwerbstätigkeit und Vermögen.

<sup>2</sup>siehe für Deutschland hierzu z.B. Müller/Haun 1994; für eine Anpassung des Erikson/Goldthorpe Schemas an die deutschen Verhältnisse Wirth, Gresch, Müller u.a. 2009.



messene Chance, von einer bestimmten Herkunftsposition auf eine begehrte Position im bestehenden Positionsgefüge zu gelangen, für alle Herkunftspositionen gleich groß, so bestünde keine soziale Ungleichheit, wenigstens nicht im Sinne der Mobilitätsforschung. Und Klassen gibt es dann und nur dann, wenn die Mobilität beschränkt ist. Wäre es jederzeit möglich, seine Klasse zu verlassen, dann verlöre der Klassenbegriff seinen Sinn. Ungleichheit schließlich im Sinne der funktionalen Analyse verschwindet, wenn alle Positionen für alle Interessenten an einer Position gleich zugänglich sind, ohne Berücksichtigung irgendwelcher Eignungsgesichtspunkte. Kurz: die drei genannten Ansätze fußen alle auf der Idee, dass Ungleichheit letztlich auf sozialer Schließung beruht.

Die Soziologie Max Webers zeichnet sich vor anderen soziologischen Ansätzen dadurch aus, dass sie diesen Gedanken als Ausgangspunkt einer Analyse sozialer Ungleichheit wählt: Ungleichheit entsteht seit dem Zeitalter der Hochkulturen durch die Monopolisierung von Chancen. Trotz zahlreicher Stellen im Werk Max Webers, in denen er diesen Gedanken artikuliert,<sup>3</sup> wird man aber gleichwohl nicht von der systematischen Ausarbeitung einer entsprechenden Theorie bei Weber sprechen können. Die folgenden Ausführungen zur Theorie der Einkommensungleichheit in Marktwirtschaften stellen vor diesem Hintergrund den Versuch dar, in Marktwirtschaften vermeidbare Ungleichheit konsequent durch Einschränkungen vollkommener Mobilität zu erklären. Um diese Aufgabe aber nicht von vornherein zu überfrachten, möchte ich mich in sachlicher Hinsicht auf die materielle Ungleichheit, verstanden als Einkommensungleichheit und in zeitlicher Hinsicht auf moderne Wirtschaften im Sinne von Marktwirtschaften beschränken. Die ungleiche Verteilung von Macht, Ansehen, Bildung usw. wird ebenso wenig betrachtet wie die Ungleichheit in Gesellschaften, die keine Marktwirtschaften sind.

### III.

Ist es berechtigt, die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland oder anderer, fortgeschrittener Gesellschaften des Westens überhaupt als Marktwirtschaften anzusehen? Nur unter dieser Voraussetzung macht es ja Sinn, die Erklärung bestehender Einkommensungleichheiten mit einer Theorie der Einkommensungleichheit in Marktwirtschaften zu beginnen. Zweifel an der Marktwirtschaftlichkeit dieser Wirtschaften nähren sich vor allem daraus, dass ungefähr die Hälfte des Sozialprodukts dieser Länder durch staatliche Hände läuft<sup>4</sup> und alle wirtschaftlichen Tä-

---

<sup>3</sup>vgl. nur Weber (1972), *Soziologische Grundbegriffe* § 10, ferner ebd., Zweiter Teil, Kap. II, § 2: Offene und geschlossene Wirtschaftsbeziehungen, Kap. VI, Die Marktvergesellschaftung, Kap. VIII, § 6: Klassen, Stände und Parteien sowie ebd. S. 576 f. über die Rationalisierung von Bildung und Erziehung.

<sup>4</sup>Die Staatsquote der Bundesrepublik Deutschland - gemessen mit den Gesamtausgaben des Staats in % des BIP - belief sich 2014 auf 45,1 Prozent, die Frankreichs auf 56,7 Prozent. Im Euroraum betrug sie durchschnittlich 49,1 Prozent (Bundesministerium der Finanzen, Monatsbericht Juli 2014, Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich).

tigkeiten mehr oder weniger staatlich reguliert sind. Wäre es da nicht besser, von einer Staatswirtschaft zu sprechen? Wirtschaften mit einem großen Staatsanteil und umfassender Regulierung werden in der Literatur auch als Mischwirtschaften (*mixed economies*) bezeichnet.<sup>5</sup> Aber auch für solche Mischwirtschaften gilt, dass das Sozialprodukt erst am Markt entstehen muss, bevor es unverteilt werden kann. Insofern ist es angebracht, die Erklärung der Einkommensverteilung in Mischwirtschaften mit großem Staatsanteil mit der Betrachtung der Verhältnisse in einer staatsfreien Marktwirtschaft zu beginnen. Auch für Mischwirtschaften gilt, dass Einkommen letztlich durch den Verkauf von Waren auf Märkten (inklusive der Verleihung von Produktionsfaktoren) entstehen. In Mischwirtschaften wird das aus dem Verkauf entstehende Einkommen nicht dem Verkäufer überlassen, sondern mit Steuern und Abgaben belastet. Diese Steuern und Abgaben sind dann die monetäre Basis für Beamtengehälter einerseits und alle Arten von Transferzahlungen andererseits.

Unter Waren verstehe ich im Anschluss an Marx ganz allgemein Güter und Dienstleistungen, die für den Verkauf erstellt wurden. Die Warenproduktion unterscheidet sich dadurch von der Güterproduktion, dass ihr Verkaufszweck der Vertrieb auf Märkten und nicht die Deckung des Eigenbedarfs ist. Verkauf schließt Vermietung und Verleihung eines Objekts gegen Gebühren mit ein. Genau genommen geht es bei Markttransaktionen immer um die Überlassung von Nutzungsrechten an einem Objekt. Diese Nutzungsrechte werden gegen eine Geldzahlung abgetreten. Entweder ist diese Abtretung vollständig, wie z.B. beim Verkauf eines Fernsehapparats, oder nur partiell wie bei der Vermietung einer Wohnung, dem „Verkauf“ der Ware Arbeitskraft oder der Überlassung von Geldkapital gegen eine Zinszahlung. Bei der vollständigen Abtretung der Nutzungsrechte an einer Ware kann der neue Eigentümer mit der Ware machen, was er will (im Rahmen der Gesetze); er kann etwa den neuen Fernsehapparat sofort zertrümmern, aber er kann ihn - wegen der Gefährdung von Passanten, der Verschmutzung des Gehsteigs usw. - nicht einfach aus dem vierten Stock werfen (wenigstens in Deutschland nicht). Bei der teilweisen Überlassung (der Miete von Wohnungen, Arbeitskräften und Geldkapital) ist der Erwerber zum sorgsamem Umgang mit der nur geliehenen Ware verpflichtet. Ein prinzipielles Problem erwächst dann daraus, dass der Verleiher diesen Umgang nicht oder nur eingeschränkt steuern und kontrollieren kann. Dieses Problem steht im Zentrum der *principal-agent* Literatur.<sup>6</sup>

Alle Marktwirtschaften sind Geldwirtschaften. Das heißt: Die einzelnen Waren werden auf Märkten gegen Geld getauscht. Unter Geld verstehe ich hierbei nichts

---

<sup>5</sup>In einer Mischwirtschaft vermengen sich staatliche Intervention und Marktallokation. Der Begriff wurde popularisiert durch Arbeiten von Anthony Crosland und Andrew Shonfield.

<sup>6</sup>Grundlegend ist Pratt/Zeckhauser (1985), eine schöne Einführung findet sich in Preisendörfer (2005), Kap. 6.4. Zur Diskussion des Leistungspotentials dieses Ansatzes für eine Theorie der kapitalistischen Unternehmung Berger (2002).

anderes als ein allgemein akzeptiertes oder im Idealfall gesetzlich vorgeschriebenes Zahlungsmittel. Mit diesem Zahlungsmittel werden Schuldkontrakte erfüllt. Falls Geld nicht nur ein faktisch allgemein akzeptiertes, sondern das gesetzlich vorgeschriebene Zahlungsmittel ist, kann sich kein Gläubiger dagegen wehren, dass der Schuldner seine Schulden mit dem so definierten Geld begleicht. Das gilt auch dann, wenn der Wert des Geldes zum Zeitpunkt der Kontrakterfüllung im Vergleich zum Wert des Geldes bei Vertragsabschluss gesunken oder gestiegen ist.

Der Tausch von Waren gegen Geld hat zur Voraussetzung, dass Geld in die Zirkulation eingespeist wird. Die Frage ist, wie das Geld in die Wirtschaft kommt. In modernen Marktwirtschaften ist die Geldversorgung der Wirtschaft die Aufgabe der Banken. Im Folgenden wird von der Existenz von Banken (wenn auch nicht von der Existenz von Geld) abstrahiert. Wir nehmen einfach an, dass Geld in der Wirtschaft vorhanden ist und keinen verzerrenden Einfluss auf die Preise ausübt.<sup>7</sup>

Unter einer reinen Marktwirtschaft verstehe ich dann eine Wirtschaft ohne Staat, aber mit Geldgebrauch und eventuell Wertpapierhandel. Der Staat beschränkt sich auf die Durchsetzung des Rechts, insbesondere des Eigentumsrechts an der eigenen Person und am Besitz von Gütern und Dienstleistungen (inklusive von geistigen Hervorbringungen wie Erfindungen, Werken der Kunst usw.). Alle westlichen Industriegesellschaften hingegen sind, wie schon angeführt, Mischwirtschaften. Reine Marktwirtschaften existieren nur im Modell.

Für alle Marktwirtschaften ohne Wertpapierhandel gilt, dass der Verkauf oder die Vermietung von Waren (Güter und Dienstleistungen) die einzige legale Quelle des Gelderwerbs ist. Geldeinkommen werden ausschließlich erzielt über den Verkauf von Faktorleistungen: Entweder dadurch, dass Faktoren wie Arbeit oder "Kapital" an Unternehmen vermietet werden oder dadurch, dass Selbständige bei dem Verkauf ihrer Produkte und Leistungen ein Einkommen erzielen, das die Kosten der Produktion übersteigt und ihrer Faktorleistung zugerechnet werden kann. In Marktwirtschaften mit Wertpapierhandel ist die Spekulation auf Kursgewinne eine weitere Einkommensquelle.

In einer Marktwirtschaft geschieht sowohl die Zuordnung von Ressourcen zu Aufgaben als auch die Zuordnung von Einkommen zu Personen "uno actu" über Märkte. Jeder Kauf oder Verkauf eines Faktors oder eines Produkts ordnet eine Ressource einer Aufgabe zu; gleichzeitig wird das durch den Akt des Kaufs oder Verkaufs entstehende Einkommen einer Person zugeordnet. Alle Gesellschaften sind mit dem Problem konfrontiert, dieses doppelte Allokationsproblem lösen zu müssen. In einer "reinen" Marktwirtschaft ist der Preismechanismus von Wettbewerbsmärkten der einzige Mechanismus, der für diese Aufgabe zur Verfügung

---

<sup>7</sup> „There is a fiat paper money, which serves as the actual, physical medium of exchange....It is assumed to be an 'outside money', that is, one issued by some agency exogenous to the economic system“. Patinkin (1965), S. 15.

steht. Der große Vorzug eines solchen Wirtschaftssystems besteht darin, dass es auch nur eines einzigen Mechanismus bedarf, um das doppelte Allokationsproblem zu lösen.<sup>8</sup>

Ein zentrales Problem jeder Wirtschaftsform ist, wirtschaftliche Leistungen zu bewerten. In Marktwirtschaften wird auch dieses Problem über den Preismechanismus gelöst. Unter diesem Mechanismus versteht man das Verfahren der Bildung von Preisen auf Wettbewerbsmärkten. Auf solchen Märkten bilden sich Preise durch die Konkurrenz von Anbietern und Nachfragern heraus. Die Minimalbedingung für einen Markt ist, dass mindestens auf einer Seite Konkurrenz besteht (also Anbieterkonkurrenz oder Nachfragerkonkurrenz). Der soziale Sinn der Konkurrenz besteht darin, dass kein Anbieter und kein Nachfrager sicher sein kann, zum Zuge zu kommen. Er muss sich gegen andere Interessenten (Weber: Tauschreflektanten) durchsetzen. In den Besitz der begehrten Ware gelangt nur, wer bereit ist, den verlangten Preis zu zahlen. Die Warenanbieter sind mit dem Problem konfrontiert, einen Käufer für ihre Ware zu finden. Nur so können sie ein Einkommen erzielen.

Preise müssen nicht notwendig Wettbewerbspreise sein. Es kann sich bei Preisen auch um sogenannte administrierte Preise handeln, die von einer Behörde, oder um Monopolpreise, die von einem monopolistischen Unternehmen festgesetzt werden. Preise auf Wettbewerbsmärkten sind dadurch definiert, dass sie (a) nicht von einer Person, einer Unternehmung oder eine Behörde gesetzt werden, sondern sich im freien Spiel der Kräfte herausbilden. Diese Preise sind überindividuell in dem Sinne: kein Akteur kann für sie verantwortlich gemacht werden. (b) es gibt nur einen Preis für identische Waren (*law of one price*). Auf einem echten Wettbewerbsmarkt müssen alle Teilnehmer den gleichen Preis für die gleichen Ware bezahlen. Schon insofern ist der Konkurrenzmarkt ein großer „Gleichmacher“. (c) Konkurrenzpreise sichern gleichzeitig, dass ausnahmslos alle, die bereit sind, diesen Preis zu zahlen, auch zum Zuge kommen. Kein Anbieter und kein Nachfrager, der hierzu bereit ist, geht leer aus (Markträumung). Ein häufig übersehener Nutznießer des Preismechanismus ist das politische System. Es ist davon entlastet, Leistungen zu bewerten und kann diese Aufgabe getrost dem anonymen Preismechanismus überlassen.

Ein funktionierender Preismechanismus etabliert sich nur unter spezifischen Voraussetzungen, deren Erfüllung mehr oder weniger wahrscheinlich ist. Zwischen dem Modell der reinen Marktwirtschaft und der realen Marktwirtschaft klaffen jedoch erhebliche Lücken. Zu den Voraussetzungen, die gegeben sein müssen, damit der Preismechanismus funktioniert, gehören:

- Informiertheit der Marktakteure über die verlangten Preise und über die Eigenschaften der gehandelten Ware.

---

<sup>8</sup>vgl. Berger/Offe 1982, Einleitung.

- Mobilität aller Marktteilnehmer: weder stehen ihrer „Wanderung“ irgendwelche rechtlichen oder sonstigen Hemmnisse entgegen, noch mangelt es an ihrer subjektiven Bereitschaft, zu wandern. Jeder sich bietende Vorteil wird auch realisiert. Die Marktteilnehmer sind in diesem Sinne „untreu“ oder opportunistisch.
- Die Entscheidung, mit welchem Vertragspartner abgeschlossen wird, ist ausschließlich von subjektiven Vorteilerwägungen gesteuert.

#### IV.

Damit komme ich zum Kern einer Erklärung von Einkommensungleichheiten in Marktwirtschaften. Ausgehend von der Unterscheidung zwischen “reinen“ und “realen“ Marktwirtschaften besteht die Erklärungsstrategie darin, zuerst die Verhältnisse in einer reinen Marktwirtschaft zu untersuchen, und darauf aufbauend, sodann die Verhältnisse in realen Marktwirtschaften. Während in einer reinen Marktwirtschaft es keine Marktunvollkommenheiten geben kann, sind sie für alle realen Marktwirtschaften konstitutiv. Wir betrachten aber lediglich die Verteilung für Einkommen aus abhängiger Arbeit einerseits, aus Unternehmertätigkeit und Vermögen andererseits. Das heißt, wir betrachten nur die Primärverteilung, nicht die aus der staatlichen Umverteilungspolitik resultierende Sekundärverteilung. Auf dieser Stufe der Betrachtung gibt es weder private noch staatliche Transfers.<sup>9</sup>

In einer “reinen“ Marktwirtschaft ohne staatliche Umverteilung (und ohne Wertpapierhandel) kann es nur zwei Einkommensquellen geben: Faktorbesitz und Faktorpreise. Daher kann es auch nur zwei Quellen der Einkommensungleichheit geben: unterschiedlicher Warenbesitz und unterschiedliche Preise für identische Waren. Einkommen, so hat Schumpeter (1965, 800f.) die distributionstheoretische Auffassung der ökonomischen Klassiker resümiert, sind „im wesentlichen“ Preise mal Mengen der produktiven Leistungen. Alle Probleme der Einkommensbildung sind insofern Probleme der „Bewertung oder Preisbildung produktiver Leistungen“ (ebd., 788). Recht verstanden gilt diese Aussage nicht nur für die ökonomische Klassik und die Verhältnisse vor 200 Jahren, sondern auch heute noch. Unter marktwirtschaftlichen Voraussetzungen entspringen alle Einkommen “im wesentlichen“ dem Verkauf von Faktorleistungen auf Faktormärkten oder dem Verkauf selbsterstellter Produkte unter Einsatz von im eigenen Besitz befindlicher Faktorleistungen. Hierzu zählen nicht nur die Einkommen von Bauern, sondern ebenso die

---

<sup>9</sup>Es wäre aber irreführend, zu sagen, die Betrachtung beschränke sich auf die Erwerbspersonen. Die relevante Trennungslinie ist nicht die zwischen Erwerbspersonen und Nicht-Erwerbspersonen, sondern die zwischen Beziehern von primären Einkommen und dem Rest der Bevölkerung. Rentiers im Sinne von Personen, die von regelmäßigen Zahlungen aus angelegtem Kapital leben, sind zwar keine Erwerbspersonen, werden aber in die Analyse mit eingeschlossen, jedoch nicht von Sozialtransfers lebende Rentner.

Einkommen selbständiger Rechtsanwälte, Zahnärzte usw. Nur die Subsumtion von Veräußerungsgewinnen (*capital gains*) unter diese Kategorie bereitet Probleme.<sup>10</sup> Für die Verhältnisse in einer Marktwirtschaft ist es jedoch zwingend, Einkommen als Zahlungen für Leistungen irgendwelcher Art anzusehen. Man muss sich nur davor hüten, die Tatsache, dass z.B. für die Bereitstellung von Kapital ein Preis gezahlt wird, als Erklärung oder gar als Rechtfertigung dafür zu halten, dass der Besitz von Kapital ein Einkommen abwirft.

Soweit Einkommen Preise mal Mengen produktiver Leistungen sind, muss eine Theorie der Einkommensverteilung damit beginnen, die Preisbildung produktiver Leistungen zu erklären. Die ökonomische Klassik verstand unter produktiven Leistungen die drei "Produktionserfordernisse" (Mill 1976, [1848] S. 238: *requisites*) Arbeit, Kapital und Boden. Die Preise für die Nutzung dieser Faktoren werden entweder unter Bedingungen vollständiger Konkurrenz gebildet oder unter Abweichung von diesen Bedingungen. Das Gleiche gilt für die Produkte solcher Leistungen. Eine Theorie der Einkommensungleichheit in Marktwirtschaften basiert auf der Unterscheidung der Einkommensbildung bei vollständiger Konkurrenz und der Einkommensbildung bei Abweichungen von dem Idealzustand der vollkommenen Konkurrenz. Sie geht immer zweistufig vor. Der erste Schritt besteht in der Betrachtung der Entstehung von Einkommensunterschieden in einer reinen Wettbewerbswirtschaft, weil es Sinn macht, erst die von politischen oder sonstigen Einflüssen unverzerrten, rein marktwirtschaftlichen Verhältnisse zu betrachten, bevor die Abweichungen vom Standard einer Marktwirtschaft in Betracht gezogen werden.

In einem zweiten Schritt werden dann *market imperfections* als Quelle von Einkommensungleichheit herangezogen. Einkommensungleichheit ist im Wesentlichen ein Ungleichgewichtsphänomen.<sup>11</sup> Wie gleich noch zu erläutern, entspringen Einkommensunterschiede zu einem großen Teil aus der individuellen Aneignung von Renteneinkommen in Marktungleichgewichten. Unter Renten verstehe ich hierbei nicht sozialpolitische Transferzahlungen an aus dem Arbeitsleben ausgeschiedene Arbeitnehmer, sondern Einkommen, die über dem Gleichgewichtspreis von Faktoren auf Wettbewerbsmärkten liegen.<sup>12</sup> Renteneinkünfte beruhen auf den freien Markteintritt einschränkenden Barrieren. Insofern ist soziale Ungleichheit in

---

<sup>10</sup>Man kann sich fragen, worin die Leistung besteht, Wertpapiere mit Gewinn verkaufen zu können. Folgt man der Effizienzmarkthypothese, dann sind Gewinne (genauso wie Verluste) reiner Zufall. Es gibt jedenfalls keinen Trend in einer Welt, in der auf Kapitalmärkten zwar jeder Marktteilnehmer soviel kaufen und verkaufen kann, wie er möchte, aber niemand in die Zukunft blicken kann, also die Verfügung über Informationen in der Gegenwart endet.

<sup>11</sup>ähnlich Bowles/Gintis (2001), die *inequality of earnings* über *disequilibrium rents* erklären. Diese Aussage hängt allerdings vom gewählten Gleichheitsstandard ab. Mehr hierzu weiter unten.

<sup>12</sup>A rent is a portion of earnings in excess of the minimum amount needed to attract a worker to accept a particular job or a firm to enter a particular industry. Milgrom/Roberts (1992) S. 269.

Marktwirtschaften strukturell bedingt. Das hat Sørensen (1996) richtig gesehen.

In der klassischen politischen Ökonomie wurden unter Renten Zahlungen an die Besitzer von Land verstanden. So wie Löhne das Entgelt für Arbeitsleistungen sind, Zinsen oder Profite der Name für Einkommen aus Kapitalbesitz, so sind Renten der Name für eine bestimmte Einkommensart, deren Quelle der schlichte Besitz von Grund und Boden ist. Den Grundbesitzern fließen solche Einkommen zu, weil sie über ein nicht vermehrbares, produktionsnotwendiges Gut verfügen. Wäre Grund und Boden wie Kapitalgüter beliebig vermehrbar, würden Renteneinkommen wegkonkurrenziert oder zumindest auf das Niveau von Zinsen für Kapital absinken. Der neuere Rentenbegriff hat mit dem älteren gemein, dass die Rente für den puren Besitz eines nicht beliebig vermehrbaren Guts gezahlt wird.

## V.

Nun zum ersten Schritt. Kann es in einer reinen Marktwirtschaft überhaupt Ungleichheit geben? Die öffentliche Meinung und große Teile der Publizistik neigen nicht nur dazu, diese Frage umstandslos zu bejahen, sie erblicken vielmehr die zentrale Ursache der Einkommensungleichheit im ungehinderten Wirken von Marktkräften.<sup>13</sup> Die politische Schlussfolgerung hieraus kann nur lauten, dass die Beseitigung oder wenigstens die Einschränkung der Ungleichheit zumindest eine politische Kontrolle des Marktmechanismus, wenn nicht gar seine Abschaffung verlangt. In direktem Gegensatz zur vorherrschenden Meinung möchte ich im Folgenden zeigen, dass eine reine Marktwirtschaft eine spezifische Realisierung der Gleichheitsidee darstellt und dass die tatsächlich existierende Ungleichheit ihre Wurzel in der Abweichung von diesem Standard hat.

Um diese für manche Leser sicherlich befremdliche Aussage besser verständlich zu machen, komme ich noch einmal auf den Begriff der “reinen“ Marktwirtschaft zurück. Weiter oben habe ich ausgeführt, dass es sich um eine Wirtschaft ohne Staat handelt. Damit ist aber noch nicht die Frage beantwortet, wie Vereinbarungen zwischen den Wirtschaftsteilnehmern zustande kommen, ganz im Gegenteil. Da der Staat solche Vereinbarungen nicht erzwingt, müssen sie aus den freien Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte resultieren. Diese Entscheidungen können entweder im Modus des Miteinander oder im Modus des Gegeneinander gefällt werden. In einer reinen Marktwirtschaft werden alle auf Märkten getätigten Abschlüsse in Konkurrenz zu anderen “Tauschreflektanten“ (Max Weber) getätigt.<sup>14</sup>

---

<sup>13</sup>Im Umkreis der Sozialwissenschaften ist insbesondere die (deutschsprachige) Soziologie für die gleichen Überzeugungen anfällig, siehe nur die einschlägigen Arbeiten von Wolfgang Streeck. Die Ungleichheit wächst und wächst, weil der Neoliberalismus das Leitbild der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist. Der einzige Lichtblick angesichts dieser desaströsen Entwicklung ist, dass der Kapitalismus sich auf diesem Weg sein eigenes Grab schaufelt: Streeck 2014.

<sup>14</sup>Eine Frage für sich ist, ob zur Definition einer reinen Marktwirtschaft gehört, dass alle überhaupt denkbaren Güter ausschließlich über den Markttausch erworben werden. Dann gäbe

Das leitende Motiv bei der Vertragsschließung ist der eigene Vorteil. Insofern operiert die Marktwirtschaft im Modus des Gegeneinander. Immer geht es darum, in der Konkurrenz mit anderen Bewerbern den Zuschlag zu erhalten. Das Minimum, das gegeben sein muss, um von Konkurrenz zu sprechen ist, dass sie wenigstens eine Marktseite prägt. Typisch für die reine Marktwirtschaft ist jedoch, dass sowohl die Unternehmen um Kunden konkurrieren als auch die Konsumenten untereinander, also auf beiden Marktseiten Konkurrenz das Wirtschaftsleben prägt.

In einer reinen Marktwirtschaft kämpfen Wettbewerber um Aufträge oder Abschlüsse. Max Weber (1972, S. 58) hat dafür gehalten, dass der „Marktkampf (mindestens relativ) autonomer Wirtschaften“ nicht einfach ein leider hinzunehmender Grundzug kapitalistischer Wirtschaften, sondern eine unverzichtbare Voraussetzung der Rationalität der Geldrechnung und damit auch der Rationalität dieses Wirtschaftstypus ist. In einem solchen Marktkampf gibt es Gewinner und Verlierer. Wie ist unter solchen Umständen die Behauptung aufrechtzuerhalten, die Sphäre der Zirkulation sei ein „wahres Eden der angeborenen Menschenrechte“, in dem Freiheit und Gleichheit verwirklicht seien?<sup>15</sup>

Die Antwort liefert eine Reinterpretation der Konkurrenz durch die Neoklassik. Für diese Denkschule ist die Konkurrenz nicht ein dynamischer Prozess, der zu einer unvermeidlichen Rangordnung der Wettbewerber führt, sondern eine hochspezifische Marktform, deren zentrales Merkmal die Mengenanpassung (*price taking*) ist. Alle Marktteilnehmer wählen bei gegebenen Preisen die Mengen, welche für sie optimal sind. Welche Menge das ist, wird durch die individuellen Angebots- und Nachfragekurven determiniert. Der Preis, zu dem schließlich getauscht wird, ist der Gleichgewichtspreis. Es gibt kein *false trading*; getauscht wird erst, wenn der Gleichgewichtspreis gefunden ist.<sup>16</sup> Der Clou dieser Marktform ist, dass zum Gleichgewichtspreis jeder Haushalt jede gewünschte Menge kaufen und jede Unternehmung jede für diesen Preis geplante Menge absetzen kann. Niemand, der den Preis zu zahlen bereit ist oder ihn als Unternehmer akzeptiert, geht leer aus.<sup>17</sup>

---

es nur private Güter und keine öffentlichen Güter. Nicht nur gibt es solche Güter, sondern es muss sie sogar geben, wenn eine reine Marktwirtschaft existieren soll. Das Privatrecht z.B. ist ein solches Gut. Einerseits ist es eine Funktionsbedingung des Markttauschs, andererseits würde sein Geltung schwinden, wenn es eine handelbare Ware wäre.

<sup>15</sup>vgl. Marx 1967, S. 189. Marx hat mit dieser Aussage keineswegs die Ideologie der Marktwirtschaft persiflieren wollen. Er stellt sich vielmehr auf ihren Boden, weil er zeigen wollte, wie entgegen den Verheißungen der Französischen Revolution von Gleichheit und Freiheit die kapitalistisch organisierte Wirtschaft auf Ausbeutung fußt.

<sup>16</sup>Walras stellte sich das so vor, dass ein Auktionator für jeden Markt Preise ausruft und erst dann den Tausch zulässt, wenn der Preis gefunden ist, bei dem Nachfrage und Angebot im Gleichgewicht sind.

<sup>17</sup>Scitovsky 1952, S.27: „an admittedly artificial and unrealistic model of economic behavior...is in many (though not all) respects a standard of perfection.“ Dass die neoklassische Konkurrenz wenigstens in mancher Hinsicht ein *standard of perfection* sein könnte, will kritischen Soziologen



Aus der Perspektive der Marktform der vollständigen Konkurrenz kämpfen die Wirtschaftsteilnehmer eigentlich nicht gegeneinander, etwa durch die Einführung technischer Neuerungen oder durch Preisunterbietung, sondern beschränken sich darauf, die aus ihrer Sicht optimale Angebots- oder Nachfragemenge zu wählen. Auf diese individuell getroffene Wahl beschränkt sich ihre Konkurrenz und das heißt: sie konkurrieren eigentlich gar nicht gegeneinander, zumindest nicht im Sinne der "Österreicher" von Hayek und Schumpeter.<sup>18</sup>

In der Marktform der vollständigen Konkurrenz ist Ungleichheit weitgehend eliminiert. Erstens, weil wie gesagt niemand leer ausgeht und zweitens, weil es im Gleichgewicht nur einen Preis für eine spezifische Ware gibt (Gesetz des einheitlichen Preises). Gleiche Preise implizieren gleiche Löhne für gleiche Arbeitsleistungen und gleiche Gewinne für alle Anlageklassen. Auch für die neoklassische Konkurrenz gilt, dass sich bei freiem Zutritt zu den Märkten solange die Angebotsmengen ändern, bis alle Unternehmen pro Kapitaleinsatz den gleichen Gewinn machen. Dafür sorgt der Auktionator.

Damit ist eine der beiden Quellen der Ungleichheit, ungleiche Preise für gleiche Waren, stillgelegt. Der Wettbewerb sorgt nicht nur dafür, dass es nur einen Preis für eine Ware gibt, sondern er eliminiert zudem potentielle Rentenbestandteile des Preises. Die zweite Konsequenz ist genauso wichtig wie die erste. Es könnte ja sein, dass z.B. für eine spezifische ärztliche Leistung ein einheitlicher Preis verlangt wird, dieser Preis aber höher als der Wettbewerbspreis ist, weil die Standesorganisation der Ärzte erfolgreich verhindert, dass genügend Konkurrenten in das geschützte Gebiet einwandern. Die andere Quelle der Einkommensungleichheit: unterschiedliche Faktormengen im Besitz der Privateigentümer, bleibt auch in einer reinen Marktwirtschaft bestehen.<sup>19</sup> Schärfer noch: diese Quelle wird nicht nur durch die neoklassische Konkurrenz nicht eliminiert, sondern kann auch gar nicht durch sie eliminiert werden. Das bedeutet aber zugleich, dass die Marktform der vollständigen Konkurrenz für den unterschiedlichen Faktorbesitz nicht verantwortlich gemacht werden kann. Sie transportiert diese Ungleichheit nur von der einen in die nächste Runde. Für den ungleichen Faktorbesitz sind andere, politische oder soziale Kräfte verantwortlich. Wer den Besitzstand ändern will, ist an die Politik verwiesen, in demokratischen, das Privateigentum prinzipiell anerkennenden Gesellschaften ins-

---

nicht in den Kopf.

<sup>18</sup>vgl. von Hayek (1948, S. 96): „Advertising, undercutting, and improving ('differentiating') the goods or services produced are all excluded by definition - 'perfect' competition means indeed the absence of all competitive activities.“

<sup>19</sup>Zu den Faktoren, über welche die Marktteilnehmer in unterschiedlichem Ausmaß verfügen, zählen Sachkapital, Geldkapital, Humankapital, Grund und Boden sowie die schiere, unqualifizierte Arbeitskraft. Das Minimum an Faktormengen, das jeder Marktteilnehmer mitbringt, ist die Verfügung über die eigene Arbeitskraft. Wer nicht einmal darüber verfügt (Kinder, Alte, Kranke), ist auf öffentliche oder private Transfers angewiesen.

besondere an die Steuerpolitik (Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Änderungen der Steuerprogression im Einkommenssteuertarif etc.).

Für die Zwecke einer Ableitung der tatsächlich bestehenden Einkommensungleichheit in Marktwirtschaften ist nicht Konkurrenz als ein Verhalten, sondern als eine Marktform der geeignete Ausgangspunkt, auch wenn in der Konkurrenz als Marktform für die wirkliche Konkurrenz zentrale Sachverhalte einfach ausgeblendet werden. Das folgt zwingend aus dem Grundgedanken, dass Ungleichheit großteils in Einschränkungen der Konkurrenz ihre "letzte" Ursache hat. Wir betrachten erst die Verhältnisse im Gleichgewicht. Einkommensungleichheit ist im Marktgleichgewicht keineswegs vollständig eliminiert. Dann wenden wir uns dem Umkreis von Ungleichheiten zu, die aus der Abweichung vom Marktgleichgewicht entstehen. Daher wählen wir als Ausgangspunkt ein idealisiertes Bild der Konkurrenz: die vollständige Konkurrenz (*perfect competition*). Die Verzeichnung der "wirklichen" Konkurrenz durch die neoklassische Konkurrenz fällt nicht wirklich ins Gewicht. Zum einen, weil die Differenz zwischen *perfect competition* und *imperfect competition* viel geringer ist als die zwischen Konkurrenz und Abwesenheit der Konkurrenz, zum anderen weil auch für die unvollständige Konkurrenz gilt, dass ihr Fluchtpunkt die Eliminierung von Profiten ist, die dauerhaft über den Durchschnittsprofiten liegen (von Hayek 1948, S.105).

Mehr Gleichheit als die im Bild der vollständigen Konkurrenz niedergelegte ist in reinen Marktwirtschaften nicht möglich. Wer mehr Gleichheit als die von der vollständigen Konkurrenz garantierte anstrebt, muss den Boden der reinen Marktwirtschaft verlassen. In einer nicht durch die Koordination individueller Entscheidungen über Wettbewerbsmärkte geprägten Wirtschaftsform ist vielleicht mehr Gleichheit möglich, aber das bedeutet keineswegs automatisch auch mehr Gerechtigkeit und schon gar nicht: mehr Wohlfahrt.

Ungleichheit, daran sei noch einmal erinnert, besteht immer in der Abweichung von einem Standard der Gleichheit. Eine reine Marktwirtschaft garantiert mittels des Konkurrenzmechanismus nur Gleichheit der Ertragsraten, jedoch nicht Gleichheit der Einkommen; letztere nur „pro tanto“, also nach Maßgabe der Faktorausstattung. Wer mehr Faktoren (Waren) besitzt, erzielt ein höheres Einkommen auch dann, wenn das Einkommen pro Einheit des Besitzes für alle Marktteilnehmer gleich ist. Der Gleichheitsstandard der reinen Marktwirtschaft ist die Gleichheit der Ertragsraten. Zu dieser Gleichheit kommt es durch die Wanderung der Faktoren in die Zweige mit den höchsten Ertragsaussichten solange, bis Gleichheit der Ertragsraten in allen Verwendungsweisen der Faktoren sich einstellt. Gleichheit der Einkommen würde diesen Standard verletzen. Sie wäre bei ungleicher Faktorausstattung nur erreichbar unter Inkaufnahme unterschiedlicher Entlohnung der Faktoren, also der Verletzung eines universellen Gleichheitsprinzips: gleicher Preis für gleiche Leistungen. Eine reine Wettbewerbswirtschaft garantiert nur Gleichheit

der Ertragsraten, nicht Gleichheit der Erträge.

## VI.

Wenn bei vollständiger Konkurrenz die Ertragsraten aller Anlagen gleich sind, können in einer reinen Marktwirtschaft Einkommensunterschiede nur durch unterschiedliche Verfügung über tauschbare Güter und Dienstleistungen zustande kommen. Bei diesen Gütern und Dienstleistungen handelt es sich zum einen um selbsterstellte Waren (im weitesten, auch die Dienstleistungen der Professionen einschließenden Sinn), zum anderen um im Privateigentum befindliche Produktionsfaktoren (einfache oder qualifizierte Arbeitskraft, Sach- und Geldkapital, Grund und Boden).<sup>20</sup> Wie viel tauschbare Güter und Dienstleistungen ein Teilnehmer am Wirtschaftsspiel herstellen kann, ist durch seinen Faktorbesitz determiniert. Daraus folgt, dass bei vollständiger Konkurrenz nicht der Warenbesitz, sondern der Faktorbesitz letztlich die alleinige Quelle der Einkommensungleichheit ist. Erklärt werden muss demnach, woher der unterschiedliche Faktorbesitz stammt. Als hauptsächliche Ursachen hierfür kommen in Frage:

- Die Weitergabe von Vorteilen durch die Familie. Auch die reine Marktwirtschaft ist nicht identisch mit der (modernen) Gesellschaft, sondern bildet nur ein Teilsystem, das neben anderen Teilsystemen wie z.B. der Politik und der gesellschaftlichen Gemeinschaft existiert. Die Nation und die Familie sind die beiden wichtigsten Formen der Gemeinschaft in der modernen Gesellschaft. Die Familie gibt potentiell die in ihrem Besitz befindlichen Faktormengen in der Form der Vererbung von Vermögen und der Vererbung von Talenten an die nächste Generation weiter.<sup>21</sup> Weil dies schwerlich als gerecht anzusehen ist, haben entschieden liberale Ökonomen wie John Start Mill die Forderung nach einer konfiskatorischen Erbschaftssteuer erhoben. Jede Generation sollte mit gleichen Chancen auf den Erwerb von Reichtum starten und nicht von Beginn an durch ungleichen Faktorbesitz bevorteilt sein. Radikale Vertreter der Chancengleichheit wie John Roemer oder Ronald Dworkin verlangen eine Kompensation für Talentunterschiede.
- Unterschiedliches Sparverhalten. Sobald die Einkommen über dem Subsistenzniveau liegen, stehen alle Wirtschaftenden vor der Entscheidung: Konsumieren oder Sparen? Die planvolle Verteilung von Einkommen auf Gegenwart und Zukunft (Sparen) stellt die primäre Allokationsentscheidung rationalen

---

<sup>20</sup>in dieser Aufzählung fehlt der vierte Faktor Unternehmertätigkeit. Die Funktion dieses Faktors ist, die anderen Faktoren "in Dienst zu nehmen" oder zu "kombinieren": Schumpeter (1965), S. 789, vgl. S. 793.

<sup>21</sup>„Inheritance is again becoming a very important factor of lifetime economic inequality“, so Alvarado u.a., 2013, S. 14.

Wirtschaftens dar (vgl. Weber 1972, S. 35). Unterschiedliches Sparverhalten führt schon in der nächsten Periode zu unterschiedlichen Einkommen, je nachdem, ob und wie Teile des Einkommens gespart und gewinnträchtig angelegt werden. Je höher das Einkommen aus vorhandenem Faktorbesitz, umso größere Beträge können aus dem Einkommen gespart werden. Die potentielle Sparquote (der Anteil der Ersparnis am Einkommen) variiert mit der Einkommenshöhe und damit variiert auch die Ersparnis. Differenzen in der Ersparnis resultieren in einer ungleichen Akkumulation von Sach- und Geldkapital.

- Heterogenität der Ware Arbeitskraft. Wären alle Arbeitskräfte homogen, unterschieden sich also nicht hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit, dann könnte es bei vollständiger Konkurrenz auch keine Lohn- und Gehaltsunterschiede geben. Die Streuung der Einkommen vermindert sich nicht wesentlich, wenn man aus ihr den Beitrag der selbständigen Erwerbstätigkeit und den Beitrag aus Kapitaleinkommen herausrechnet. Um die verbleibende Streuung zu erklären, bleibt nur übrig, entweder die Annahme der vollständigen Konkurrenz oder die Annahme der Homogenität der Ware Arbeitskraft (oder beide) fallen zu lassen. Hält man an der Annahme der vollständigen Konkurrenz und damit am Gesetz eines einheitlichen Preises für identische Waren fest, verbleibt nur noch die Möglichkeit, die beobachteten Unterschiede auf Unterschiede der beschäftigten Arbeitskräfte zurückzuführen. Folgt man der Humankapitaltheorie, dann bestehen diese Unterschiede vor allem in der Dimension der Qualifikation der Arbeitskräfte. Qualifikationen werden einerseits in formalen Ausbildungsprozessen, andererseits *on the job*, also durch berufliche Erfahrung erworben. Die Humankapitaltheorie versteht Ausbildung als Investition in das Arbeitsvermögen. Die Kosten dieser Investition bestehen im wesentlichen im Verzicht auf das Einkommen, das erzielt werden könnte, wenn statt der Ausbildung eine Stelle angetreten worden wäre.<sup>22</sup> Einkommensunterschiede sollten sich aus Sicht dieser Theorie weitgehend mit dem unterschiedlichen Besitz an Humankapital erklären lassen.<sup>23</sup>
- Ausbeutung. Marx hat den Profit der Kapitalisten mit der Ausbeutung der Arbeiter erklärt. Hierbei nahm er an, dass Arbeiter homogen sind (sie unterscheiden sich nicht hinsichtlich ihrer Qualifikation)<sup>24</sup> und dass Kapitalisten

---

<sup>22</sup>Das trifft zumindest für die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland zu.

<sup>23</sup>Für einen exzellenten Überblick über die Forschungsliteratur zum humankapitaltheoretischen Ansatz der Erklärung der Lohnstruktur und ihrer Änderungen siehe Autor, Katz und Krueger (1999).

<sup>24</sup>wenn diese Annahme fallen gelassen und mehr als eine Sorte Arbeit in der Produktion zugelassen wird, tauchen zwei schwer lösbare Probleme auf. Erstens, um wie viel produktiver ist die qualifizierte Arbeitskraft als die einfache Arbeitskraft? Und zweitens, es könnte sein, dass die

einfach Personen sind, die den Arbeitern die benötigten Produktionsmittel (Rohstoffe und Maschinerie) zur Verfügung stellen. Ziel der Theorie war, zu erklären, wie es möglich ist, dass sachliche Produktionsmittel dauerhaft einen Nettoertrag abwerfen. Marx erklärte diesen Sachverhalt nicht mit der Produktivität des Kapitals, sondern mit dem vertraglichen Recht der Inhaber der Produktionsmittel, das von den Arbeitern geschaffene Mehrprodukt (das Nettoprodukt nach Abzug des an die Arbeiter gehenden Teils) sich anzueignen.

Lassen sich die großen Einkommensunterschiede zwischen Kapital und Arbeit ausbeutungstheoretisch erklären? Das Ziel der Ausbeutungstheorie war nicht, die Höhe der Kapitaleinkommen, sondern ihre Herkunft oder Bedingung der Möglichkeit zu erklären. Marx war völlig klar, dass das Einkommen eines individuellen Kapitalisten nicht auf der Ausbeutung *seiner* Arbeiter beruht, sondern dass ihm im Gleichgewicht nach Maßgabe der allgemeinen Profitrate (Gleichheit der Profitraten in allen Geschäftszweigen) ein Anteil am Profit proportional zu seinem in der Produktion verwendeten Kapital zusteht. Das Einkommen eines individuellen Kapitalisten hängt im Gleichgewicht somit ab von der Höhe der allgemeinen Profitrate und von dem Umfang seines vorgeschossenen Kapitals. Je größer das bereits im Geschäft befindliche Kapital ist, umso größer ist auch die Summe des bei normalem Geschäftsverlauf wieder investierbaren Kapitals. Hinzukommt, dass Geld- und Sachvermögen vererbt werden können, Qualifikationen aber von jeder Generation neu erworben werden müssen. So lässt sich gut erklären, warum der Abstand zwischen dem Faktorbesitz von Personen, die über nichts als ihre eigene Arbeitskraft verfügen und industriellen Kapitalisten auseinanderdriftet.<sup>25</sup> Ein solcher Erklärungsansatz setzt allerdings voraus, dass nicht der gesamte Mehrwert des industriellen Kapitalisten für Zinszahlungen an seine Kreditgeber verwandt wird. Im Gleichgewicht tendiert die allgemeine Profitrate gegen den Zinssatz. Solange Zins bezahlt wird, sind die eigentlichen Gewinner die Verleiher von Geldkapital. Sie erhalten ein Einkommen, das von Arbeitsleistungen völlig abgelöst ist.

- Nicht zuletzt spielt der Zufall eine große Rolle beim Zustandekommen von Vermögensunterschieden. Die Rolle des Zufalls setzt bereits ein mit der Geburtslotterie. In welche Familie man geboren wird, ist jedenfalls aus der Sicht der Kinder purer Zufall. Sodann entscheiden Zufälle so gut wie immer über

---

qualifiziertere Arbeitskraft die einfachere ausbeutet, also ihr höherer Lohn aus der Aneignung von Teilen des Mehrprodukts der einfachen Arbeit stammt. Das würde den Geist der Ausbeutungstheorie ins Mark treffen.

<sup>25</sup>Zur wachsenden Rolle der Einkommen aus Vermögen im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts vgl. nur Piketty (2014).

den Erfolg einer Investition, sei diese eine Bildungs- oder eine Sachinvestition. Die Umstände können sich ändern, bis die Investition zum Tragen kommt. Z.B. wird ein Lehramtsstudium aufgenommen in der Erwartung, dass die Nachfrage nach Lehrern nach Abschluss des Studiums noch genauso hoch ist wie bei seiner Aufnahme. Nur wenn die ökonomische Umwelt völlig stabil bliebe oder mit Sicherheit vorausgesehen werden könnte, würde die Rolle des Zufalls ausgeschaltet und käme allenfalls noch bei Glücksspielen zum Tragen (falls deren Ergebnis nicht auch vorausgesehen werden könnte). Allerdings gibt es in einer Welt mit perfekter Voraussicht - für manche Modelle ein Merkmal der vollständigen Konkurrenz - keine Zufälle.<sup>26</sup> Hingegen spielt bei Unsicherheit über die Zukunft unternehmerisches Wagnis eine nicht zu vernachlässigende Rolle, wenn es darum geht, die Einkommensstreuung zu erklären.

## VII.

Nach dem bisher Gesagten gibt es Einkommensunterschiede auch im Modell der vollständigen Konkurrenz, aber sie resultieren allesamt aus unterschiedlichem Vermögen, verstanden als unterschiedliche Verfügung über Produktionsfaktoren. Die Ertragsraten für alle Faktoren sind gleich. Dass einige Wirtschaftsteilnehmer nur über ihre eigene Arbeitskraft verfügen, ist kein Fehler, welcher der reinen Marktwirtschaft angelastet werden könnte. Diese gibt Vermögensunterschiede nur weiter, vergrößert sie aber nicht (verkleinert sie allerdings auch nicht). Die Ursache für den Aufbau solcher Vermögensunterschiede liegen, wie eben schon ausgeführt, zum Teil im Familiensystem und seiner Vererbung von Vorteilen, zum anderen im Spar- und Investitionsverhalten. Sowohl die Sparneigung als auch die Bereitschaft, z.B. in Bildung zu investieren, ist eine Sache individueller Präferenzen, für die der Markttausch ebenso wenig verantwortlich gemacht werden kann wie für die Geburtslotterie. Der Zufall wird im Denksystem der vollständigen Konkurrenz methodisch ausgeschaltet und Ausbeutung ist kein Begriff, der im System der vollständigen Konkurrenz einen Platz hätte.

In diesem System kann es keine Extraprofiten geben, sondern nur Normalprofite, die gleich hoch wie der herrschende Zinssatz sind. Zinszahlungen sind das Ergebnis eines Tauschs von Gegenwartsgütern gegen Zukunftsgüter:  $A$  gibt eine Menge  $x$  (Geld oder Sachwerte) an  $B$  ab gegen das Versprechen, nach Ablauf einer fest vereinbarten Frist  $x + \Delta x$  zurückzuerhalten. Ungeklärt bleibt allerdings die Frage,

---

<sup>26</sup>Im Arrow-Hahn-Debreu Modell der vollständigen Konkurrenz wird vollkommene Markttransparenz nur für Gegenwartsmärkte verlangt. Für Zukunftsmärkte wird nicht verlangt, dass alle denkbaren Entwicklungen vollständig vorhergesehen werden können, sondern lediglich, dass schon heute gegen alle Eventualitäten in der Zukunft eine Versicherung abgeschlossen werden kann.

was  $B$  in die Lage versetzt, dauerhaft und nicht nur zufällig das  $\Delta x$  zu erwirtschaften.<sup>27</sup> Wenn man die Ausbeutungstheorie für obsolet hält, bleibt eigentlich nur noch übrig, den Gewinn durch die Existenz einer produktiven Technologie zu erklären.<sup>28</sup> Die Realisierung einer solchen Technologie ist die eigentliche Aufgabe und das eigentliche Verdienst des industriellen Kapitals. Für diese Leistung erhält der Unternehmer oder sein Management den Unternehmerlohn.

Die reale Marktwirtschaft weicht von dem Idealzustand der vollständigen Konkurrenz in vielerlei Hinsicht ab. Der Sammelname für diese Abweichungen lautet: Marktunvollkommenheiten. Für ihr Auftreten sind Mobilitätsschranken eine hinreichende Bedingung. Derartige Schranken bedeuten eine Verletzung des Modells der vollständigen Konkurrenz. Eine zentrale Bedingung der neoklassischen Konkurrenz ist freier und unbehinderter Markteintritt und Marktaustritt (*free entry and exit*). Diese Freiheit kann aus mehreren Gründen limitiert sein. Zu Einschränkungen der Bewegungsfreiheit kommt es entweder aus subjektiven oder objektiven Gründen. Subjektiv sind sie, wenn die Mobilität eines Akteurs aus Gründen eingeschränkt ist, die in ihm selbst zu suchen sind. Objektiv sind sie, wenn an sich wanderungsbereiten Individuen von anderen buchstäblich Steine in den Weg gelegt werden. Diese Steine können, um im Bild zu bleiben, rechtlicher, politischer, wirtschaftlicher oder sonstiger Natur sein. Subjektive Einschränkungen der Mobilität rühren zum Teil daher, dass wanderungsfähige Individuen (allgemeiner: Faktoren) nicht hinreichend über ihre ökonomischen Chancen informiert sind.<sup>29</sup> Zum Teil rühren sie aus mangelnden Qualifikationen oder aus wanderungsfeindlichen Präferenzen. So z.B. mag einer Arbeitslosen in Ostfriesland die Qualifikation fehlen, in einem schwäbischen Maschinenbau-Unternehmen zu arbeiten, oder sie ist nicht bereit, bestehende Bindungen an den Heimatort preiszugeben.

Zu Beschränkungen der Mobilität kann es auch kommen, ohne dass eine Absicht vorliegt, eine bestimmte Tätigkeit vor Konkurrenten zu schützen. Der Grund ist einfach mangelnde oder jedenfalls asymmetrische Information. Ein gutes Beispiel hierfür sind Unternehmer, die über die Qualität der potentiell von ihnen Beschäftigten schlechter informiert sind als diese selbst. Um adverse Selektion zu

---

<sup>27</sup>Für Konsumenten ist die Bedienung eines Kredits solange kein Problem, als ihr Einkommen der Summe aus Subsistenzlohn und Ratenzahlungen für den Kredit entspricht. Das Problem ist jedoch, zu erklären, was den industriellen Kapitalisten in die Lage versetzt, nicht nur solche Löhne zu zahlen, sondern zudem die Zinsen eines Kredits zu erwirtschaften, den er für sein Geschäft benötigt.

<sup>28</sup>Die Technologie ist dann produktiv, wenn der Ausstoß in jedem Zweig der Produktion den Verbrauch in allen Zweigen der Produktion übersteigt (z.B. der Ausstoß in der Eisenindustrie größer ist als der Verbrauch von Eisen in allen Industrien inklusive der Eisenindustrie).

<sup>29</sup>Man kann darüber streiten, ob Informationsmängel ein subjektives Merkmal sind. Die Verteilung von Informationen ist ein Systemmerkmal. Für die vollständige Konkurrenz gilt, dass alle Teilnehmer am Wirtschaftsleben umfassend informiert sind, was Gleichheit der Information einschließt.

vermeiden, sind sie bereit einen Lohn über dem Gleichgewichtslohn zu bezahlen. Ein weiterer Grund für die Entstehung von Renten, ohne dass die begünstigte Gruppe eine entsprechende Absicht verfolgte ist, dass eine fundamentale Voraussetzung der neoklassischen Konkurrenz, die Unabhängigkeit der Eigenschaften einer Ware von ihrem Preis, für Arbeitskräfte schlicht und einfach nicht zutrifft. Die Qualität der gelieferten Arbeit variiert mit der Bezahlung. Das hat schon Adam Smith gewusst: *Quality depends on price.*<sup>30</sup> Die unvermeidliche Folge von über dem Gleichgewichtslohn liegenden Löhnen ist Arbeitslosigkeit. Solche Löhne, die zwar aus der Sicht des Unternehmers optimal sind, weil sie das bestmögliche Verhältnis von Leistung und Bezahlung implizieren, aber nicht optimal aus der Sicht des Beschäftigungsumfangs, nennt man Effizienzlöhne. Sie führen zwangsläufig zu Zutrittsbeschränkungen zum Arbeitsmarkt und damit zu einer Beschränkung der Mobilität.

Aber nicht nur aus Gründen mangelnder subjektiver Mobilität der Marktteilnehmer kommt es zu Beschränkungen des Marktzutritts (und des Marktaustritts), sondern vor allem auch dadurch, dass an sich wanderungsbereiten Faktoren Hindernisse entstehen, die sie an der Zuwanderung in ein Geschäftsfeld (und der Abwanderung aus ihm) hindern. Zuwanderungshindernisse haben ihre Ursache darin, dass von Gruppen, die in einem Geschäftsfeld ansässig sind, Mauern hochgezogen werden, die weitere Interessenten davon abhalten, dieses Feld zu betreten. Es ist das Bestreben gerade der erfolgreichen Gruppen, ihren einmal errungenen Vorteil durch Abschottung gegen unliebsame Konkurrenz abzusichern. Das beste Beispiel für solche Bestrebungen sind Professionen. Ein probates Mittel zur sozialen Schließung ist, ein Bildungspatent als Eintrittsbedingung zu verlangen. Max Weber (1972, S. 577) hat diese Schließungsstrategie mit beißenden Worten geschildert. An die Stelle der adligen Herkunft, so Weber, tritt heute das Bildungspatent:

„ Die Ausgestaltung der Universitäts-, technischen und Handelshochschuldiplome, der Ruf nach Schaffung von Bildungspatenten auf allen Gebieten überhaupt, dienen der Bildung einer privilegierten Schicht in Büro und Kontor. Ihr Besitz stützt den Anspruch auf...standesgemäße Bezahlung statt der Entlohnung nach Leistung, auf gesichertes Avancement und Altersversorgung, vor allem aber auf Monopolisierung der sozial und wirtschaftlich vorteilhaften Stellungen zugunsten der Diplomanwärter.“

Zweck dieser Monopolisierung ist immer, den “innerhalb der Mauern“ sich aufhaltenden Personen Einkommenschancen zuzuspielen, die sie bei offenem Zugang zu ihrem Geschäftsfeld nicht hätten.<sup>31</sup>

<sup>30</sup>Ausführlich hierzu Stiglitz 1987

<sup>31</sup>Diese Funktion der Schließung hat Frank Parkin (1979) auf der Suche nach einem nicht-



Bildungspatente als Zutrittsbedingung zu verlangen, ist aber nicht die einzige Strategie der Sicherung von Erwerbchancen für einen limitierten Kreis von Personen. Für diese Restriktion spricht in jedem Fall das sachliche Erfordernis einer Qualifikation. Weber (1972, S. 23) hat eine soziale Beziehung dann als offen bezeichnet, wenn die Teilnahme „nach ihren geltenden Ordnungen niemand verwehrt wird, der dazu tatsächlich in der Lage und geneigt ist.“ Rechtsanwälte ohne ein entsprechendes Zertifikat einer Hochschule sind eben tatsächlich nicht in der Lage, den Beruf eines Anwalts auszuüben. Das sehen zumindest die Professionen so.<sup>32</sup> Ganz anders gelagert ist Diskriminierung als Schließungsstrategie. Sie schließt Personen, die zum Eintritt in ein Berufsfeld „tatsächlich in der Lage und geneigt“ sind, aus unsachlichen Gründen aus, etwa dem Geschlecht, der Hautfarbe usw. Ziel der Diskriminierung ist immer die Sicherung von Privilegien, auch wenn das Privileg nicht in der besseren Bezahlung besteht, sondern etwa darin, nicht mit der diskriminierten Gruppe zusammenarbeiten zu müssen.

Aus welchen Gründen auch immer die Bewegungsfreiheit eingeschränkt sein mag: Nicht die Konkurrenz, sondern die Einschränkung der Konkurrenz ist in realen Marktwirtschaften die zentrale zusätzliche Ursache von Einkommensunterschieden (zusätzlich zu Vermögensunterschieden, die auch in einer reinen Marktwirtschaft wirksam werden). Alle gesellschaftlichen Gruppen versuchen, ihr Terrain durch monopolistische Schließung (das Hochziehen von Mauern) gegen Eindringlinge abzusichern.<sup>33</sup> dann auch noch als größtenStatt sich dem Wettbewerb zu stellen, betreiben die ihm ausgesetzten Gruppen *rent seeking*. Sie organisieren Prozesse sozialer Schließung. Probate Mittel sind Kartellbildung und Einflussnahme auf die Gesetzgebung zur Sicherung von Privilegien. Der Begriff *rent seeking* stellt genau

---

marxistischen Fundament der Klassentheorie angeleitet: „By social closure Weber means the process by which social collectivities seek to maximize rewards by restricting access to resources and opportunities to a limited circle of eligibles“ (ebd., S. 44). Sørensen (2000) sieht in sozialer Schließung als Mittel der Erzielung von Renteneinkünften eine stichhaltigere Grundlage (*a sounder basis*) der Klassentheorie als die herkömmliche.

<sup>32</sup>Die beiden Weber-Zitate sind nicht völlig konsistent. Falls der Erwerb eines Bildungspatents nicht einfach der sozialen Distinktion dient, sondern eine spezifische berufliche Kompetenz begründet, resultiert das höhere Einkommen der Inhaber solcher Patente aus ihrem höheren Humankapital und insoweit nicht aus einer Schließungsstrategie. Zu einer Schließungsstrategie wird ein Bildungspatent aber immer dann, wenn es fähige Personen ohne Patent und unfähige mit Patent gibt. Dann ließe sich die Bindung der Berufsausübung an ein Patent nur noch damit rechtfertigen, dass ein solches Patent wie alle Zeugnisse des Bildungswesens die Selektion vereinfacht.

<sup>33</sup>Ein schlagendes Beispiel aus der jüngsten Zeit ist der Beschluss einer Frauenquote für Aufsichtsratsposten durch den Deutschen Bundestag, der ca. 180 solcher Positionen aus der Konkurrenz mit Männern herausnimmt. Diese Privilegiensicherung für eine verschwindend kleine Gruppe dann auch noch als den größten Fortschritt der Frauenbewegung seit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts zu feiern, zeigt, welche verbale Aufrüstung betrieben werden muss, um vor sich selbst und vor dem Publikum den wahren Sachverhalt zu verschleiern.

hierauf ab: Statt Zeit und Mühe auf eine produktive Tätigkeit zu verwenden, wird in *Lobbying* investiert (Krueger 1974). Welcher Weg auch immer beschritten wird, Erfolg im *rent seeking* schafft Ungleichheit. Immer geht es darum, durch Abschottung gegen die Konkurrenz ökonomische Renten zu erzielen. Um Renten handelt es sich, weil die erzielten Preise über dem Niveau liegen, das für eine entsprechende Bereitstellung des Angebots an Gütern und Dienstleistungen erforderlich wäre. Sie implizieren nicht nur ungleiche Einkommen (nominal ungleich sind die Einkommen auch in einer reinen Marktwirtschaft), sondern in erster Linie ungleiche Ertragsraten. Während die reine Marktwirtschaft immerhin Gleichheit im Sinne gleicher Ertragsraten garantiert, hebt die reale Marktwirtschaft durch Rentenzahlungen dieses Prinzip aus. Verstärkt wird die aus Rentenzahlungen resultierende Ungleichheit durch die Interaktion mit der Vermögensbildung. Rentenzahlungen ermöglichen einen schnelleren Vermögensaufbau und dieser führt gerade bei ungleichen Ertragsraten zu rascher steigenden Einkommen.

Es sollte deutlich geworden sein, dass *rent seeking* keineswegs eine Erscheinung ist, die ausschließlich beim industriellen Kapital, dem Handels- und dem Bankkapital zu beobachten ist. Auch und gerade die Träger von Humankapital sind bestrebt, Renteneinkünfte zu erzielen. Die sog. Freien Berufe haben ein ausgeklügeltes System der Sicherung solcher Einkommensbestandteile entwickelt, das von Zulassungsbeschränkungen zum Studium bis zur Einschränkung der Niederlassungsfreiheit bei der Ausübung des Berufs reicht. Auch die Politik der Gewerkschaften läuft darauf hinaus, ihren Mitgliedern Renteneinkünfte zu sichern. Wie schon Schumpeter (1965, S.1141) betont hat, ist die als "Überschuss definierte Rente" keineswegs auf Naturfaktoren wie Grund und Boden beschränkt.

„Ähnliche Überschüsse, d.h. Differenzbeträge über die für die Bereitstellung des entsprechenden Angebots an Waren und Leistungen erforderlichen Zahlungen hinaus, treten in allen Bereichen des Wirtschaftsorganismus auf. Viele Arbeiter, und zwar nicht nur Filmstars, erhalten viel mehr als die Summe, die sie zur Leistung ihrer jeweiligen Arbeit veranlassen könnte, und in vielen Fällen würden sie mehr leisten, wenn sie per Leistungseinheit weniger erhielten.“

*Rent seeking* ist keineswegs eine Erscheinung, deren Auftreten auf Marktwirtschaften beschränkt ist. Folgt man North, Wallis und Weingast (2006), dann hat die Beschränkung des Zugangs zu Geschäftsfeldern die Wirtschaftsgeschichte seit der neolithischen Revolution vor 10000 Jahren geprägt. Nur einer Handvoll von Staaten ist es im Übergang zur Moderne gelungen, *open access social orders* durchzusetzen. Für solche Gesellschaften gilt, dass ihre Ordnung aufrecht erhalten wird „by competition rather than rent-creation.“ Die Unterscheidung zwischen "limited access orders" und "open access orders" ist für die Autoren zugleich der Schlüssel

zum Verständnis der Gegenwart. Ihnen zufolge ist es nur wenigen Staaten seit dem Zweiten Weltkrieg gelungen, diesen Übergang zu bewerkstelligen.<sup>34</sup>

## VIII.

Ich wäre missverstanden, würde man die obigen Ausführungen als flammendes Plädoyer für die schrankenlose Konkurrenz und das Niederreißen aller Mauern, die sie behindern, lesen. Worum es geht, ist die Aufdeckung der Ursache für Einkommensungleichheiten in Marktwirtschaften und nicht, eine Welt ohne Renteneinkünfte als die bessere Welt hinzustellen.

In Marktwirtschaften werden Primäreinkommen ausschließlich durch den Verkauf von Faktorleistungen generiert. Daher kann es in solchen Wirtschaften auch nur zwei Quellen für Einkommensunterschiede vor staatlicher Umverteilung geben: unterschiedlicher Faktorbesitz und unterschiedliche Bezahlung von Faktorleistungen. Diese beiden Aussagen bilden das sichere Fundament jeder Theorie der Einkommensungleichheit in Marktwirtschaften. In einer reinen Marktwirtschaft, gekennzeichnet durch gleiche Ertragsraten pro Vermögenseinheit, kann es keine unterschiedliche Bezahlung von Faktorleistungen geben. Nominale Einkommensunterschiede spiegeln daher nur Vermögensunterschiede wider. Wie gezeigt, verletzen sie aber nicht den Gleichheitsstandard der reinen Marktwirtschaft. Diese Behauptungen basieren auf der neoklassischen Theorie des Konkurrenzgleichgewichts. Wer diese Theorie ablehnt, wird auch die Schlussfolgerungen aus ihr nicht mitmachen. Akzeptiert man hingegen den Gleichheitsstandard der reinen Marktwirtschaft auch für reale Marktwirtschaften, dann sind Renten im ökonomischen Sinn (vom Gleichgewichtspreis abweichende Zahlungen) in einer solchen Wirtschaft die einzige Quelle der Einkommensungleichheit in einem genuinen Sinn. Allerdings ist der Gleichheitsstandard der reinen Marktwirtschaft blind gegenüber Vermögensunterschieden. Solche Unterschiede (inklusive der unterschiedlichen Ausstattung mit Humankapital) als Quelle der Ungleichheit drängen sich aber auf, wenn nicht meritokratische Gleichheit, sondern ein hiervon abweichender Gleichheitsstandard für die Analyse und Bewertung der Einkommensverteilung maßgebend sind.

Eine wichtige Schlussfolgerung aus all dem lautet: nicht das Privateigentum ist die wichtigste Ursache von Einkommensungleichheiten, sondern dessen Monopolisierung. Das war ja eigentlich die klassische Einsicht von Karl Marx. Sie ist immer wieder durch die Zurechnung der Ungleichheit zum Privateigentum, statt zu dessen Monopolisierung, verfehlt und verfälscht worden. Das Privateigentum

---

<sup>34</sup>Ohne die Bedeutung des Bruchs zwischen *limited access orders* - Gesellschaften mit einer solchen Ordnung nennen North u.a. einen *natural state* - und *open access orders* herunterzuspielen wollen, besteht die Zielsetzung dieses Aufsatzes darin, zu zeigen, dass Zugangsbeschränkungen auch in *open access orders* ubiquitär sind.

für sich genommen ist so wenig eine Quelle der Ungleichheit wie Marktprozesse auf Konkurrenzmärkten. Die Marktwirtschaft würde auch bei Gleichverteilung des Privateigentums funktionieren. Aus gleichen Startbedingungen für alle können allerdings schon in der nächsten Runde Einkommensungleichheiten erwachsen, wenn die Teilnehmer am Wirtschaftsgeschehen unterschiedliche Arbeitsneigung und unterschiedliches Sparverhalten zeigen. Man muss aber unterscheiden zwischen Ungleichheiten, die auch bei freier Konkurrenz zustande kommen, und solchen, die aus ihrer Einschränkung resultieren. Das klassische Beispiel ist die kapitalistische Unternehmung. Sie beruht auf dem Ausschluss einer ganzen Gruppe (Marx nennt sie die Arbeiter) von der Möglichkeit, Produktionsmittel zu erwerben. Die einzige Möglichkeit dieser Gruppe, ihren Lebensunterhalt zu sichern, ist der temporäre Verkauf der Arbeitskraft. Ihre Einkommen aus diesem Verkauf sind jedoch zu niedrig, um mehr als Konsumsparen zu ermöglichen. Bankkredite zur Gründung einer Unternehmung kann diese Gruppe mangels ausreichender Sicherheiten nicht aufnehmen.

In einer Marktwirtschaft kann das Warenangebot in verschiedener Art und Weise erstellt werden, z.B. durch kleine Selbständige, Bauern oder das Handwerk, durch Professionen wie freiberufliche Rechtsanwälte oder Ärzte, oder eben auch durch genuin kapitalistische Unternehmen.<sup>35</sup> Wird es im Wesentlichen von kapitalistischen Unternehmen bereitgestellt, muss in aller Regel ein Markt für die Vergabe von Krediten existieren. Ein solcher Markt ist für dieses Wirtschaftssystem ebenso essentiell wie ein Markt für Arbeitskräfte. Schumpeter hat das als erster klar gesehen, Marx und Weber haben diese Seite der kapitalistischen Marktwirtschaft eher vernachlässigt. Um eine Produktion aufzunehmen, verschulden sich kapitalistische Unternehmen, soweit sie nicht genügend Eigenkapital besitzen. Nur bei perfekten Kapitalmärkten fallen Unterschiede des Kapitalbesitzes nicht ins Gewicht, sofern alle Akteure sich das für ihre Vorhaben fehlende Kapital auf solchen Märkten leihen können. Ein zentraler, die Ungleichheit der Einkommen zusätzlich zementierender Zug realer Marktwirtschaften ist, dass Kapitalmärkte nicht perfekt sind. Nach den Spielregeln der realen Marktwirtschaft gibt es Kredit nur gegen ausreichende Sicherheiten. Wer solche Sicherheiten nicht bieten kann, geht leer aus.<sup>36</sup> Das bevorzugt die schon Besitzenden ein weiteres Mal.

---

<sup>35</sup>Ein Betrieb ist dann genuin kapitalistisch, wenn sein potentieller Gewinn nicht mehr auf die qualifizierte Arbeit des Betriebsinhabers (also dass er selbst Hand anlegt, sich um Aufträge kümmert, Rechnungen erstellt usw.) zurückgeführt werden kann. Unternehmertum - das Wagnis für Neuerungen - ist keine Arbeitsleistung in diesem Sinne.

<sup>36</sup>In der Finanzkrise von 2007 haben Banken gegen diese Regel gröblich verstoßen. In der auf die Finanzkrise folgenden Staatsschuldenkrise des Euroraums hat dann die Europäische Zentralbank die Politik der Privilegien für die Inhaber von Finanztiteln augenscheinlich zu ihrem Handlungsprinzip erkoren. Es steht dahin, ob das aus Furcht vor den Sanktionsmöglichkeiten des Finanzkapitals geschah oder aus einer heimlichen Interessenidentität mit diesem.

## Literatur

- Alvaredo, Facundo, Anthony B. Atkinson u.a., 2013: The Top 1 Percent in International and Historical Perspective. *The Journal of Economic Perspectives*, Band 27, S. 3-20.
- Autor, David, Lawrence Katz, 1999: Changes in the Wage Structure and Earnings Inequality. *Handbook of Labor Economics*, Vol 3A, Amsterdam, North Holland, 1999.
- Berger, Johannes. 2002: Normativer Konsens und das Agenturproblem der Unternehmung. S. 193-217 in: Maurer, Andrea Michael Schmid: *Neuer Institutionalismus. Zur soziologischen Erklärung von Organisation, Moral und Vertrauen*. Frankfurt: Campus.
- Berger, Johannes, Claus Offe, 1982: Die Zukunft des Arbeitsmarktes. Zur Ergänzungsbedürftigkeit eines versagenden Allokationsprinzips. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderband 24, S. 348-371.
- Bowles, Samuel, Herbert Gintis, 2002: The Inheritance of Inequality. *The Journal of Economic Perspectives*, Band 16, S. 3-30.
- Erikson, Robert, John H. Goldthorpe, 1992: *The Constant Flux. A Study of Class Mobility in Industrial Societies*. Oxford: Clarendon Press.
- Krueger, Anne O., 1974: The Political Economy of the Rent-Seeking Society. *American Economic Review* Band 64, S. 291-303.
- Milgrom, Paul, Roberts, John, 1992: *Economics, Organization and Management*. Englewoods Cliffs: Prentice Hall.
- Müller, Walter, Dietmar Haun, 1994: Bildungsungleichheit im sozialen Wandel. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Band 46, S. 1-42.
- North, Douglass C., John Joseph Wallis, Barry R. Weingast, 2006: A Conceptual Framework for Interpreting Recorded Human History. NBER Working Paper No. 12795.
- Parkin, Frank, 1979: *Marxism and Class Theory. A Bourgeois Critique*. London: Tavistock
- Patinkin, Don, 1965: *Money, Interest, and Prices. An Integration of Monetary and Value Theory*. New York: Harper & Row
- Piketty, Thomas, 2014: *Capital in the Twenty-First Century*. Cambridge.

- Pratt, John W., Zeckhauser Richard J., 1985: Principals and Agents. An Overview. In: diess., *Principals and Agents. The Structure of Business*. Boston, Mass.: Harvard Business School Press.
- Preisendörfer, Peter, 2005: *Organisationssoziologie. Grundlagen, Theorien und Problemlösungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schumpeter, Joseph, 1965: *Geschichte der ökonomischen Analyse*. 2 Bände. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Skitovsky, Tibor, 1952: *Welfare and Competition. The Economics of a Fully Employed Economy*. London: Routledge.
- Sørensen, Aage H., 1996: The Structural Basis of Social Inequality. In: *American Journal of Sociology*, Vol.101, S. 1333 -1365.
- Sørensen, Aage H., 2000: Towards a Sounder Basis for Class Analysis. In: *American Journal of Sociology*, Vol. 105, S. 1523 -1558.
- Stiglitz, Joseph, 1987: The Causes and Consequences of the Dependence of Quality on Price. In: *Journal of Economic Literature*, Band XXV, S. 1-48.
- Streeck, Wolfgang, 2014: How will Capitalism End. *New Left Review*, Band 87, S. 35-64.
- Von Hayek, Friedrich A., 1948: The Meaning of Competition. S. 92-106 in: ders., *Individualism and Economic Order*. South Bend, Indiana: Gateway Editions.
- Weber, Max, 1972 [1922]: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. 5. Auflage (besorgt von J. Winckelmann). Tübingen: Mohr und Siebeck.
- Wirth, Heike, Cornelia Gresch, Walter Müller u.a., 2009: Validating the ESeC-Scheme as Operationalization of Social Class. The Case of Germany. MZES Working Paper 119.

**Previously published SFB 882 Working Papers:**

- Diewald, Martin / Faist, Thomas (2011): From Heterogeneities to Inequalities: Looking at Social Mechanisms as an Explanatory Approach to the Generation of Social Inequalities, SFB 882 Working Paper Series No. 1, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Bielefeld.
- Busch, Anne (2011): Determinants of Occupational Gender Segregation: Work Values and Gender (A) Typical Occupational Preferences of Adolescents, SFB 882 Working Paper Series No. 2, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project A3, Bielefeld.
- Faist, Thomas (2011): Multiculturalism: From Heterogeneities to Social (In)Equalities, SFB 882 Working Paper Series No. 3, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project C3, Bielefeld.
- Amelina, Anna (2012): Jenseits des Homogenitätsmodells der Kultur: Zur Analyse von Transnationalität und kulturellen Interferenzen auf der Grundlage der hermeneutischen Wissenssoziologie, SFB 882 Working Paper Series No. 4, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project C3, Bielefeld.
- Osmanowski, Magdalena / Cardona, Andrés (2012): Resource Dilution or Resource Augmentation? Number of Siblings, Birth Order, Sex of the Child and Frequency of Mother's Activities with Preschool Children, SFB 882 Working Paper Series No. 5, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project A1, Bielefeld.
- Amelina, Anna / Bilecen, Başak / Barglowski, Karolina / Faist, Thomas (2012): Ties That Protect? The Significance of Transnationality for the Distribution of Informal Social Protection in Migrant Networks, SFB 882 Working Paper Series No. 6, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project C3, Bielefeld.
- Alemann, Annette von / Beaufaÿs, Sandra / Reimer, Thordis (2012): Gaining Access to the Field of Work Organizations with the Issue of "Work-Family-Life Balance" for Fathers, SFB 882 Working Paper Series No. 7, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project B5, Bielefeld.
- Kaiser, Till (2012): Haben gebildete Mütter gewissenhaftere Kinder? Soziale Herkunft und Persönlichkeitsentwicklung im frühkindlichen Alter, SFB 882 Working Paper Series No. 8, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project A1, Bielefeld.
- Gusy, Christoph / Müller, Sebastian (2012): Social Construction of Heterogeneity Indicators and their Relationship to Law. The Example of Guiding Principles in Immigration Law,

SFB 882 Working Paper Series No. 9, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project C4, Bielefeld.

Liebig, Stefan / May, Meike / Sauer, Carsten / Schneider, Simone / Valet, Peter (2012): Inequality Preferences in Interviewer- and Self-Administered Interviews, SFB 882 Working Paper Series No. 10, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project A6, Bielefeld.

Fausser, Margit / Voigtländer, Sven / Tuncer, Hidayet / Liebau, Elisabeth / Faist, Thomas / Razum, Oliver (2012): Transnationality and Social Inequalities of Migrants in Germany, SFB 882 Working Paper Series No. 11, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project C1, Bielefeld.

Freistein, Katja / Koch, Martin (2012): Global Inequality and Development. Textual Representations of the World Bank and UNDP, SFB 882 Working Paper Series No. 12, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project C5, Bielefeld.

Golsch, Katrin (2013): Shall I Help You My Dear? Examining Variations in Social Support for Career Advancement within Partnerships, SFB 882 Working Paper Series No. 13, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project A3, Bielefeld.

Bröckel, Miriam / Busch, Anne / Golsch, Katrin (2013): Headwind or Tailwind – Do Partner's Resources Support or Restrict a Promotion to a Leadership Position in Germany?, SFB 882 Working Paper Series No. 14, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project A3, Bielefeld.

Cardona, Andrés (2013): Closing the Group or the Market? The Two Sides of Weber's Concept of Closure and Their Relevance for the Study of Intergroup Inequality, SFB 882 Working Paper Series No. 15, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project A1, Bielefeld.

Friedhoff, Stefan / Meier zu Verl, Christian / Pietsch, Christian / Meyer, Christian / Vompras, Johanna / Liebig, Stefan (2013): Social Research Data. Documentation, Management, and Technical Implementation at SFB 882, SFB 882 Working Paper Series, No. 16, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Project "Information and Data Infrastructure" (INF), Bielefeld.

Reinecke, Jost / Stemmler, Mark / Sünkel, Zara / Schepers, Deborah / Weiss, Maren / Arnis, Maria / Meinert, Julia / Kucur-Uysal, Burcu / Pöge, Andreas / Wallner, Susanne / Wittenberg, Jochen (2013): The Development of Deviant and Delinquent Behavior over the Life Course in the Context of Processes of Social Inequalities, SFB 882 Working Paper Series No. 17, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project A2, Bielefeld.

Hense, Andrea / Edler, Susanne / Liebig, Stefan (2013): Individual Determinants of Recalls, SFB 882 Working Paper Series No. 18, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project B4, Bielefeld.



- Bilecen, Başak (2013): Analyzing Informal Social Protection Across Borders: Synthesizing Social Network Analysis with Qualitative Interviews, SFB 882 Working Paper Series No. 19, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project C3, Bielefeld.
- Schunck, Reinhard / Abendroth, Anja-Kristin / Diwald, Martin / Melzer, Silvia Maja / Pausch, Stephanie (2013): What do Women and Men Want? Investigating and Measuring Preference Heterogeneity for Life Outcomes using a Factorial Survey, SFB 882 Working Paper Series No. 20, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project B3, Bielefeld.
- Sauer, Carsten / Valet, Peter / Liebig, Stefan (2013): The Impact of Within and Between Occupational Inequalities on People's Justice Perceptions Towards their Own Earnings, SFB 882 Working Paper Series No. 21, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project A6, Bielefeld.
- Schneider, Simone / Valet, Peter (2013): Social Comparison Orientations and their Consequences for Justice Perceptions of Earnings, SFB 882 Working Paper Series No. 22, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project A6, Bielefeld.
- Cardona, Andrés (2013): The Programmatic Bias in the Discussion on Social Mechanisms in Sociology, SFB 882 Working Paper Series No. 23, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project A1, Bielefeld.
- Hille, Adrian / Schupp, Jürgen (2013): How Learning a Musical Instrument Affects the Development of Skills, SFB 882 Working Paper Series No. 24, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project A1, Bielefeld.
- Faist, Thomas (2014): "We are all Transnationals now": The Relevance of Transnationality for Understanding Social Inequalities, SFB 882 Working Paper Series No. 25, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project C1, Bielefeld.
- Lohmann, Henning / Ferger, Florian (2014): Educational Poverty in a Comparative Perspective: Theoretical and Empirical Implications, SFB 882 Working Paper Series No. 26, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project A5, Bielefeld.
- Freistein, Katja / Koch, Martin (2014): The Effects of Measuring Poverty – Indicators of the World Bank, SFB 882 Working Paper Series No. 27, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project C5, Bielefeld.
- Andernach, Björn / Schunck, Reinhard (2014): Investigating the Feasibility of a Factorial Survey in a CATI, SFB 882 Working Paper Series No. 28, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project B3, Bielefeld.
- Sauer, Carsten (2014): A Just Gender Pay Gap? Three Factorial Survey Studies on Justice Evaluations of Earnings for Male and Female Employees, SFB 882 Working Paper Series No. 29, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project A6, Bielefeld.

- Berger, Johannes (2014): Dringend erforderlich: eine stärker vereinheitlichte soziologische Ungleichheitsforschung, SFB 882 Working Paper Series No. 30, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project Z, Bielefeld.
- Karsch, Anna (2014): Geschlechtstypische Unterschiede in den Berufspräferenzen deutscher Jugendlicher, SFB 882 Working Paper Series No. 31, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project A3, Bielefeld.
- Barglowski, Karolina (2014): Social Classifications and Inequalities: Ideologies of Mobility, Care and Work in Transnational Families, SFB 882 Working Paper Series No. 32, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project C3, Bielefeld.
- Sauer, Carsten / Valet, Peter / Liebig, Stefan (2014): Ungleichheiten am Arbeitsmarkt und die Gerechtigkeitswahrnehmung von Erwerbseinkommen, SFB 882 Working Paper Series No. 33, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project A6, Bielefeld.
- Dawid, Herbert / Harting, Philipp / Neugart, Michael (2014): Cohesion Policy and Inequality Dynamics: Insights from a Heterogeneous Agents Macroeconomic Model, SFB 882 Working Paper Series No. 34, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project A4, Bielefeld.
- Liebig, Stefan / May, Meike / Sauer, Carsten / Schneider, Simone / Peter Valet (2014): The Effect of Interviewer Presence on Inequality Preferences, SFB 882 Working Paper Series No. 35, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project A6, Bielefeld.
- Cardona, Andrés / Diewald, Martin (2014): Opening the Black Box of Primary Effects: Relative Risk Aversion and Maternal Time Investments in Preschool Children, SFB 882 Working Paper Series No. 36, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project A1, Bielefeld.
- Fehl, Caroline / Freistein, Katja (2014): Institutional Mechanisms of Global Inequality Reproduction, SFB 882 Working Paper Series No. 37, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project C5, Bielefeld.
- Freistein, Katja (2014): Are there any Global Imaginaries of Equality and Democracy in Discussions about Inequality? SFB 882 Working Paper Series No. 38, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project C5, Bielefeld.
- Meinert, Julia (2014): Selection into criminogenic contexts by personal heterogeneity and its effects on delinquency, SFB 882 Working Paper Series No. 39, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project A2, Bielefeld.
- Schepers, Debbie (2014): Social Inequalities as Causes of the Causes of Juvenile Delinquency. Heterogeneities in the Context of Situational Action Theory, SFB 882 Working Paper Series No. 40, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project A2, Bielefeld.

- Abendroth, Anja-Kristin / Pausch, Stephanie / Böhm, Sebastian (2014): German Fathers and Their Preference to Reduce Working Hours to Care for Their Children, SFB 882 Working Paper Series No. 41, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project A3, Bielefeld.
- Bürmann, Marvin: Determinanten beruflichen Aufstiegs (2014): Der Einfluss von Unterstützung durch Kollegen und Vorgesetzte. Eine Sekundäranalyse anhand der Daten des Sozio-oekonomischen Panels. SFB 882 Working Paper Series No. 42, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project A3, Bielefeld.
- Rosenbohm, Sophie / Gebel, Tobias / Hense, Andrea (2015): Potenziale und Voraussetzungen für die Sekundäranalyse qualitativer Interviewdaten in der Organisationsforschung. SFB 882 Working Paper Series No. 43, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project B4/INF, Bielefeld.
- Schneider, Simone / Shamon, Hawal (2015): How Others' Earnings influence our Justice Perceptions. Studying the Effects of Income Distribution and Social Position on Reflexive Justice Evaluations among German Employees. SFB 882 Working Paper Series No. 44, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project A6, Bielefeld.
- Kruphölter, Sonja / Sauer, Carsten / Valet, Peter (2015): Occupational gender segregation and gender differences in justice evaluations. SFB 882 Working Paper Series No. 45, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project A6, Bielefeld.
- Liebig, Stefan / Sauer, Carsten / Hülle, Sebastian (2015): Why is justice regarded as so important? Theoretical considerations and an empirical test of a fundamental question. SFB 882 Working Paper Series No. 46, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project A6, Bielefeld.
- Liebig, Stefan / Sauer, Carsten / Friedhoff, Stefan (2015): Using Factorial Surveys to Study Justice Perceptions: Five Methodological Problems of Attitudinal Justice Research. SFB 882 Working Paper Series No. 47, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project A6, Bielefeld.
- Liebig, Stefan / May, Meike (2015): Gerechtigkeit als Kooperationsbedingung in modernen Gesellschaften. SFB 882 Working Paper Series No. 48, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project A6, Bielefeld.
- Ferger, Florian (2015): Bildungsarmut als soziales Problem. SFB 882 Working Paper Series No. 49, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project A5, Bielefeld.
- Edler, Susanne / Hense, Andrea (2015): Changing Reward Structures: (Temporary) Layoffs and Returns on Human Capital. SFB 882 Working Paper Series No. 50, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project B4, Bielefeld.

Edler, Susanne / Jacobebbinghaus, Peter / Liebig, Stefan (2015): Effects of Unemployment on Wages: Differences between Types of Reemployment and Types of Occupation. SFB 882 Working Paper Series No. 51, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project B4, Bielefeld.

Pfinder, Manuela (2015): Effect of maternal educational level on offspring's educational attainment: Role of prenatal exposures. SFB 882 Working Paper Series No. 52, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Research Project A6, Bielefeld.